

Unvollständiges Gedächtnisprotokoll, verfasst von Manfred Knake als Gast
14. Sept. 2019, 10:00 Uhr bis 12:10 Uhr: „Politisches Frühstück“ des SPD-Ortsvereins
Esens mit Umweltminister Olaf Lies (SPD) im Esenser Mehrgenerationenhaus „Im Giebel“.

Presseöffentlich angekündigte Themen: Windenergie und Umgehungsstraße Bensorsiel,
Teilnehmerzahl ca. 40, davon zwei nicht parteigebundene Windkraftgegner als Gäste. Die
Presse ist nicht anwesend.

Minister Lies kommt etwas verspätet. Er referiert ausführlich über die Notwendigkeit des
Klimaschutzes, die Begrenzung der Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad, auf die Nutzung der
Windenergie, die an Land und auf See weiter ausgebaut werden müsse, um diese
Klimaziele zu erreichen. Wir hätten keine andere Wahl, weil der Meeresspiegel dramatisch
steige und man auch die Binnenlandentwässerung im Auge behalten müsse. Das sei
gerade an der Küste ein zentrales Thema. Der CO₂-Ausstoß müsse stärker bezahlt
werden. Durch den stagnierenden Windkraftausbau seien Arbeitsplätze gefährdet. In
Niedersachsen werde ein Klimaschutzgesetz vorbereitet. Er referiert über die Möglichkeit
der Wasserstoffherstellung „Power to Gas“ mit der Windenergie, darüber, dass noch mehr
in der Zukunft für bezahlbare Elektroautos und die Ladestationen getan werden müsse. E-
Auto fahren müsse erschwinglich werden, man werde Abschied nehmen müssen vom
Besitz eines Fahrzeuges, Zukunft habe das Leasing mit der Abrechnung über tatsächlich
gefahrte Kilometer. In Emden werde VW nun mit der Herstellung von E-Autos beginnen.
Er selbst fahre privat einen VW-Diesel („Ich fahre privat immer VW, ich fahre auch gerne
schnell“), in Hannover auch ein E-Auto. (Zwischenfrage Knake: „Selbst bezahlt?“, Antwort
Lies: „Nein, Dienstwagen.“) Lies verweist auf den „Windgipfel“ in Berlin am 05. September,
der für ihn nicht zufriedenstellend verlaufen sei. Die Meinungsführerschaft hätten derzeit
die Windkraftgegner. Er kritisiert indirekt, dass auch Windkraftgegner vom Verein
„Vernunftkraft“ an dem Windgipfel teilgenommen hätten. Die gemeinsame
Diskussionsplattform mit Windkraftgegnern sei sehr gering, damit könne er aber leben, er
kenne deren Argumente. Es müsste mit mehr finanziellen Anreizen über Bürgerwindparks
die Akzeptanz für die Windenergie erhöht werden. Die Abstandregelungen wie in Bayern
könne man nicht übernehmen. Lies wendet sich gegen verbindliche Abstände zur
Wohnbebauung. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) könne man aber abschaffen,
weil Windstrom immer billiger werde.

Knake meldet sich zu Wort, er stellt sich vor als Mitarbeiter des Wattenrates Ostfriesland
und des Vereins „Vernunftkraft“:

Er fragt ihn, wie er als Umweltminister darauf komme, wie beim Windgipfel in Berlin
vorgetragen, dass Windenergie gleich Klimaschutz gleich Artenschutz sei. Er erwähnt die
enorme Opferzahl von Fledermäusen und Greifvögeln an Windkraftanlagen. Höhnische
Gelächter aus dem Publikum. Knake erwähnt die Forschungsergebnisse und den Begriff
Barotrauma. Darüber könne man sich im Internet informieren.

Knake widerspricht Minister Lies, dass der Meeresspiegel dramatisch steige, er steige seit
12.000 Jahren seit der letzten Weichsel-Kaltzeit, einem tatsächlich dramatischen
Klimawandel, mit derzeit 1,7 mm im Jahr, weniger als in früheren Jahrhunderten. Das sei
durch Untersuchungen der Universität Siegen belegt. Dieser Anstieg sei den
Küstenschützern bekannt. Klima sei ein statistischer Wert von 30 Jahren
Wetteraufzeichnung für eine bestimmte Region, so die World Meteorological Organization

(WMO). Lies schüttelt vehement den Kopf. Frage an Lies: Deshalb müsse man also zunächst das Wetter schützen, wie er das denn machen wolle? Zudem könne die Windkraft nicht das Klima beeinflussen, weil sie nur wind- also wetterabhängig funktioniere. Es wird unruhig im Raum. Einige Anwesende unterbrechen Knake und fordern ihn lautstark auf, aufzuhören, er solle Fragen stellen (was er laufend tut). Das Gebrüll kommt von anwesenden Windkraftbetreibern des Windparks Stedesdorf/SG Esens, der ehemalige Schulrat Wilhelm Ebrecht aus Esens beteiligt sich. Andere Teilnehmer, die während der Veranstaltung auch referieren und dann Fragen stellen, werden nicht unterbrochen. Ein Teilnehmer, SPD-Mitglied, steht auf und kritisiert den lautstarken Umgang mit Knake, das sei eigentlich nicht der Diskussionsstil der SPD. Knake fragt nach den Auswirkungen des gesundheitsschädlichen Infraschalls durch Windenergie auf die Anwohner. Lies bestätigt, dass es Infraschall gäbe („den machen auch Eisenbahnen und geöffnete Autofenster beim Fahren“), aber er sei durch Windkraftanlagen nicht gesundheitsschädlich. Knake: „Das sehen aber fast eintausend Bürgerinitiativen in Deutschland und wissenschaftliche Untersuchungen ganz anders“. Esens Stadt- und Samtgemeindedirektor Harald Hinrichs (parteilos) führt aus, dass es in Esens 2016 eine Bürgerbefragung gegeben habe, die sich mit Zweidrittelmehrheit gegen weitere Windkraftanlagen im Samtgemeindegebiet ausgesprochen habe. Esens verfüge bereits über eine hohe Windkraftdichte. Er selbst halte die Klimadiskussion für etwas übertrieben. Hinrichs kritisiert die Verflechtungen von Ratsmitgliedern mit Windkraftbetreibern, man stimme über Windparkflächen ab, von denen man später als Beteiligte selbst profitiere. Lies: „Das ist verboten“, Zwischenruf Knake: „Indirekte Vorteile sind nach Kommunalverfassung erlaubt“. Um 12:10 Uhr wird die Diskussion abgebrochen und die Veranstaltung beendet. Knake fragt nach dem angekündigten Themenkomplex „Umgehungsstraße Bensorsiel“. Fokko Saathoff, SPD-Ratsmitglied in Esens und stellv. SDP-Kreisvorsitzender Wittmund, mitverantwortlich für den Bau der illegal gebauten Umgehungsstraße im Vogelschutzgebiet, verweist auf die bereits abgelaufene Zeit und dass dieses Thema nun nicht mehr behandelt werden könne. Knake übergibt daher im privaten Gespräch Olaf Lies einen Protokollausschnitt des Bauausschusses der Stadt Esens vom 05. März 2007, aus dem hervorgeht, dass ein Förderantrag der Stadt für den Bau der „kommunalen Entlastungsstraße“ um Bensorsiel in das Landesbauprogramm beantragt wurde. Man habe aber Nachricht vom Land Niedersachsen, dass die Förderrichtlinien kurzfristig geändert wurden und dann keine Aufnahme in das Programm erfolgen könne, wenn planungs- oder eigentumsrechtliche Hindernisse beständen. Fakt ist, dass gegen die Straße ein Normenkontrollverfahren beim OVG Lüneburg anhängig war. In der Tat hat der Kläger gegen die Umgehungsstraße erfolgreich gegen den Bau der Umgehungsstraße im Vogelschutzgebiet, die über seine Ländereien verläuft, bis zum Bundesverwaltungsgericht geklagt. Die zugrunde liegenden B-Pläne der Stadt Esens wurden vom Gericht als „rechtsunwirksam“ bezeichnet. Dennoch wurde der Straßenbau mit 5,4 Millionen Euro vom Land Niedersachsen bezuschusst. Die Frage ist daher, ob die Fördermittel für den Straßenbau zu recht ausgezahlt worden sind und wer beim Land Niedersachsen für die Auszahlung verantwortlich war. Damals regierte das Kabinett Christian Wulff (CDU) mit Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP). Landtagspräsident war Hermann Dinkla (CDU) aus Westerholt im Landkreis Wittmund aus der Esenser Nachbargemeinde Holtriem. Minister Lies steckt die Unterlagen ein und sagt zu, sich um den Sachverhalt in Hannover zu kümmern.